

# Dunkelflaute – Deutschlands Energiewende stolpert immer tiefer in die Gefahrenzone

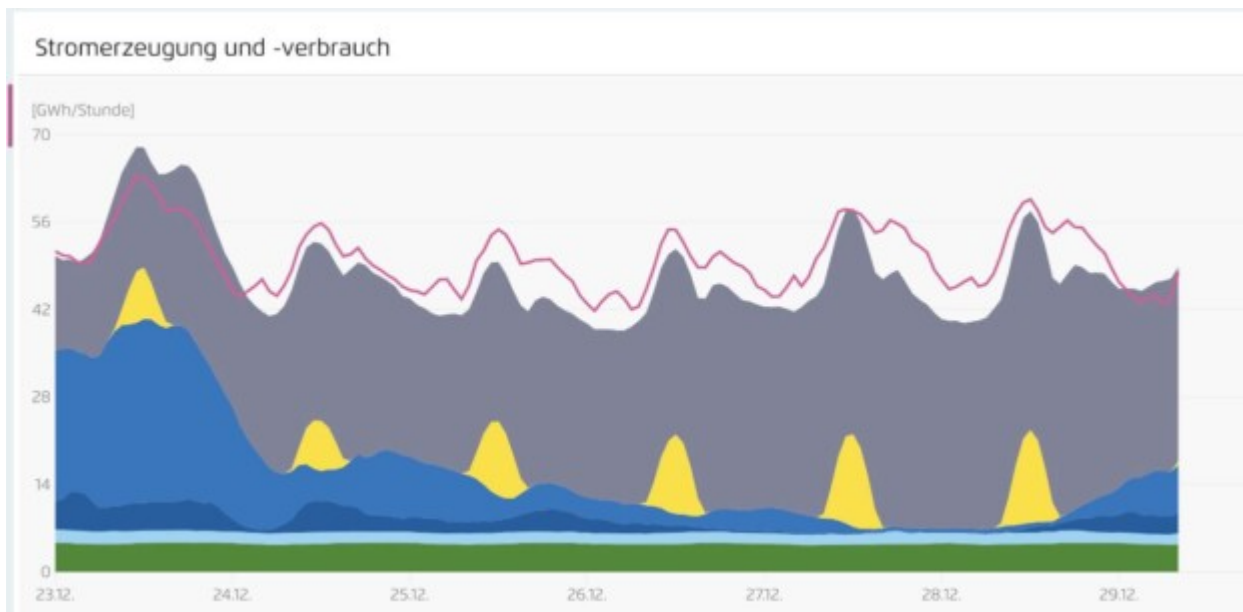
geschrieben von Admin | 30. Dezember 2024

**Winterlicher Hochdruckeinfluss zeigt die Schwachstellen der Energiewende gnadenlos auf: Windräder stehen still, Solaranlagen liefern kaum Strom, und ohne teure Stromimporte wäre es finster geblieben. Die Abhängigkeit von wetterabhängigem Strom fordert ihren Preis und stellt die Energiepolitik infrage.**

## Von Holger Douglas

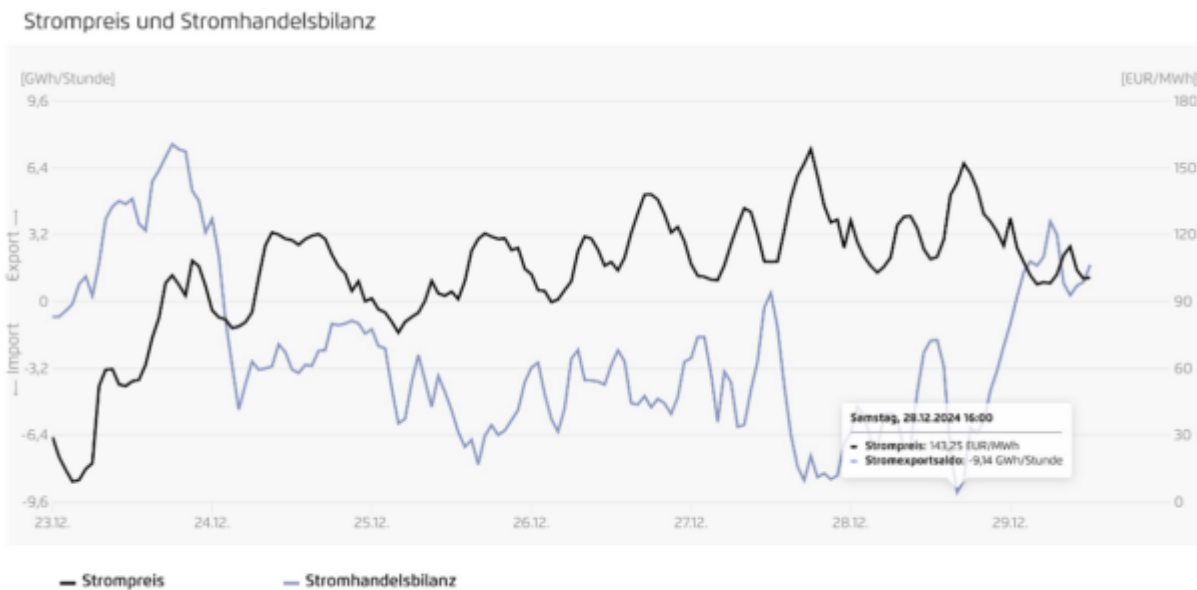
Die Dunkelflaute geht weiter. Winterlicher Hochdruckeinfluss bringt graues, trübes Wetter und kaum Wind. Das ist schlecht für Deutschland, denn das Land leidet unter der Energiewende. Einige glauben, man könne ein Industrieland mit Strom aus Wind und Sonne versorgen und sehen sich hierbei aus komplett unerfindlichen Gründen in einer absoluten Vorreiterrolle. Die ganze Welt würde auf sie schauen und es dann nachmachen. Übersehen wird dabei aber gerne vollkommen, dass die Welt längst lauthals über die tonangebenden Köpfe im alten Germanien lacht. Dummerweise haben diese wenigen Personen an den politischen Schalthebeln des Landes durchsetzen können, sämtliche Kraftwerke abzuschalten und zu zerstören, um sie für das zukünftige Wiederhochfahren nach einem möglichen Politikwechsel gleich komplett unbrauchbar zu machen.

Das alles führt zu der spannenden Frage, wie lange so etwas gut gehen kann. Gerade Herbst / Winter mit ihren jahreszeitlichen langen Hochdruckphasen bieten einen interessanten Test. Gut für die politischen Akteure, dass jetzt während der Feiertage der Bedarf nicht allzu hoch ist, da geht der Strommangel gnädig mit Deutschland um. Die Daten zeigen: lediglich um die Mittagszeit kam in den vergangenen Tagen ein wenig Strom von den 3,7 Millionen Photovoltaikanlagen im Land, die gelben Hütchen in der Grafik. Knapp 15 GW elektrische Leistung am Freitagmittag und am Samstagmittag jeweils um 12:00 Uhr. Die Windräder drehten kaum, entsprechend wenig Leistung kam von ihnen: 1 GW am Freitag um 12:00 Uhr und 1,4 am Samstag um 12:00 Uhr, zeigen die blauen Hügel an. Die Masse des Stromes stammt aus den bösen fossilen Kraftwerken in Grau. Die rote Linie ist der Verbrauch; die Differenz wird durch Import geschlossen. Und der ist teuer.



### Agora-Energiewende

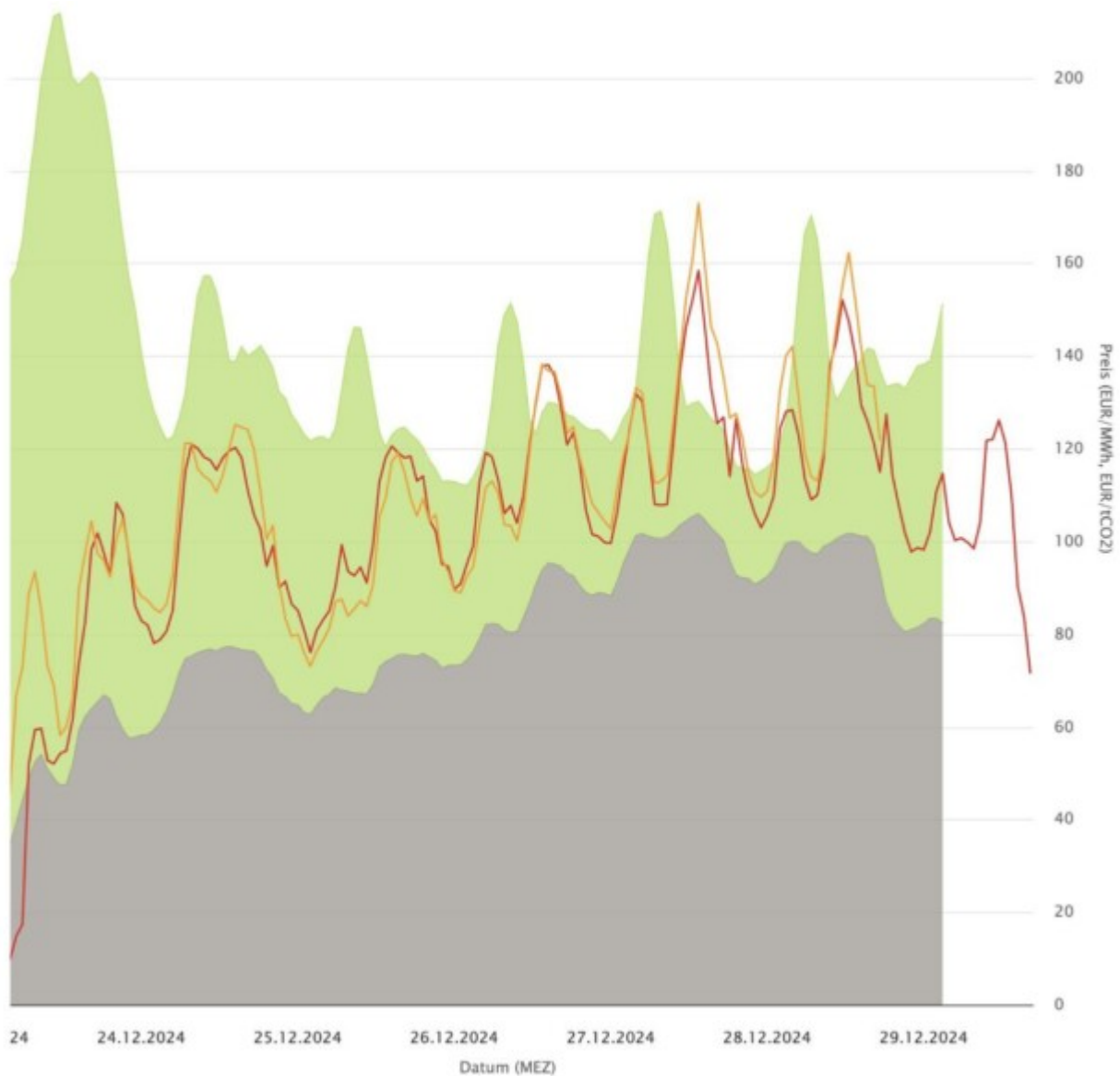
Ohne erhebliche Stromimporte aus dem Ausland wäre es dunkel geworden. 8,58 GW/h wurden am Freitagabend importiert zu einem Preis von 151,8 € pro Megawattstunde. Am Samstagnachmittag gar 9,14 GW/h am zu einem Preis von 143,25 € pro Megawattstunde.



Agora Energiewende, Stand: 29.12.2024, 13:26

### Agora-Energiewende

Die Börsen-Strompreise kletterten wieder auf 158,40 € pro Megawattstunde am 27. Dezember um 18:00 Uhr. Die orange Linie zeigt den Preis des Stroms von kommenden Tag; die rote Linie der Preis des Vortags. Die grüne Fläche ist die Menge des grünen Stroms; die graue Fläche die konventionell erzeugte Strommenge. Fazit: Ohne Kohle nix los. Jedes weitere abgeschaltete Kohlekraftwerk führt das System in die Gefahrenzone.



Die folgende Grafik der Electricity maps zeigt den geringen Anteil der sogenannten „Erneuerbaren“ an der Stromproduktion. Die grauen Flächen stellen die jeweilige installierte Leistung dar und sind gleichzeitig die Antwort an die Energiewende-Geistesgröße Claudia Kemfert, warum auch 100.000 Windräder das Problem nicht lösen: Ohne Wind helfen auch stillstehende Windräder nicht.



spezifische CO<sub>2</sub>-Emissionen



CO<sub>2</sub>-arm



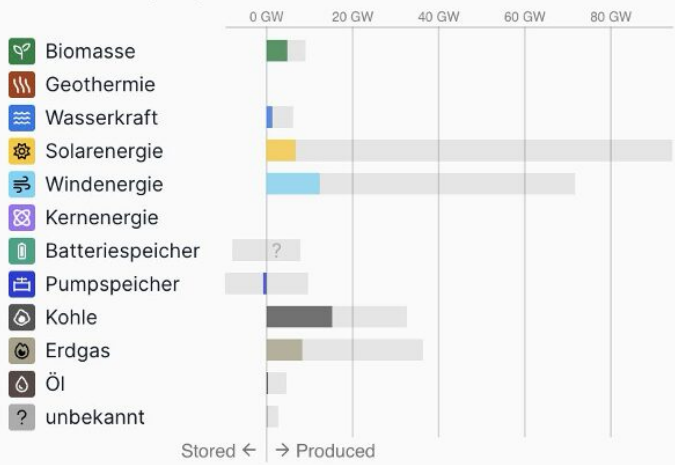
regenerativ

**Elektrizität** Emissionen

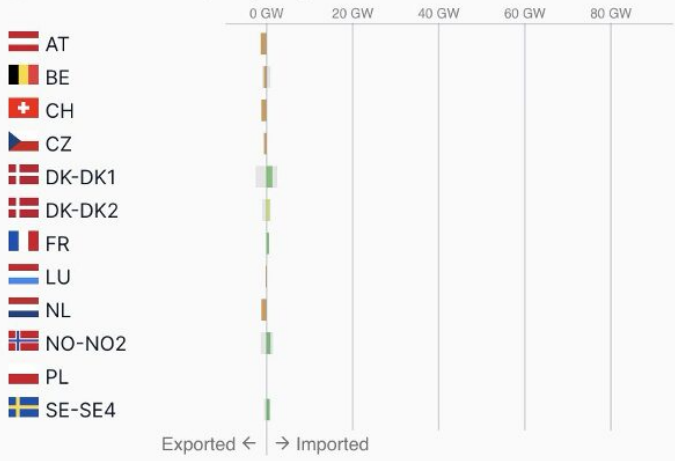
**Stromverbrauch**

GW

● Installed capacity (GW)



● Available exchange capacity (GW)



< 26.–29. Dez. 2024 > →|

24h 72h 30d 12mo All



Abhilfe ist in Sicht: Für die Nacht zum Donnerstag deutet sich ein Sturmtief über dem Norden an. Es gibt also wieder Wind – leider wohl nur in der Nacht. Tagsüber legt sich der Wind wieder.

Also: Nachts die Waschmaschinen und Backöfen anwerfen, wenn Strom vorhanden ist. Das nennt man angebotsabhängig, so Sylvia Kotting-Uhl, die ehemalige Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im April 2021. „Die Zukunft wird flexibler sein“, schleuderte die Unglückselige der AfD im Bundestag entgegen, „spannender, ja, auch anspruchsvoller: nicht mehr nachfrage-, sondern angebotsorientiert...“. Die ist nach 16 Jahren im Bundestag längst draußen und wird nicht von Altersarmut ereilt werden.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

---

## **Pisa wird die Fähigkeit der Schüler messen, als Reaktion auf die Klimaangst Maßnahmen zu ergreifen**

geschrieben von Andreas Demmig | 30. Dezember 2024

Schulkinder zu besseren linken Aktivisten machen

Von Jo Nova

Im Ökosystem der Zivilisation ist die OECD nur ein weiterer Haufen multinationaler Seepocken, die das Schiff ausbremsen. Diese wirbellosen Filtrierer verwenden Steuergelder, um die Kinder der Steuerzahler zu langweilen und sie dazu zu bringen, sich dem Blob zu unterwerfen.

---

## **Nuklearer Abfall könnte ein *Game Changer* bzgl. Strom sein**

geschrieben von Chris Frey | 30. Dezember 2024

[Ronald Stein](#), [Oliver Hemmers](#), [Steve Curtis](#)

Der heutige so genannte Atommüll ist nur wenig verbrauchter Kernbrennstoff, da nur etwa 3 % seines Potenzials ausgeschöpft sind, bevor er als „Abfall“ eingestuft wird. Wir vergraben also Brennstoff, der noch 97 % seines Potenzials zur Stromerzeugung hat, das noch nicht ausgeschöpft ist.

Hier ist eine Analogie zur Energie:

Stellen Sie sich die Empörung vor, wenn die Politik der Vereinigten Staaten so aussehen würde: Wenn Sie Ihren Benzintank auffüllen, können Sie mit Ihrem Auto nur zwanzig Meilen fahren, bevor Sie den Tank leeren und das restliche Benzin in einem zertifizierten Behälter aufbewahren müssen, um es für immer in der Erde zu vergraben und für dieses Privileg extra zu bezahlen. Das klingt nach einer Politik, die für die US-Bürger nicht von Vorteil wäre. Es könnte Sie sogar dazu motivieren, lautstark zu protestieren und alle Verantwortlichen zu entlassen, die Ihnen diese Politik auferlegt haben. Nun, das ist die Politik, unter der wir heute arbeiten, wenn wir einen Teil des Potenzials des Kernreaktor-Brennstoffs nutzen.

Seit über 70 Jahren erzeugt die Kernkraft den sichersten, emissionsfreiesten, zuverlässigsten und kostengünstigsten Strom für Frankreich, die US-Marine und andere Länder der Welt, der heute verfügbar ist.

Wir zahlen enorme staatliche Subventionen für Wind- und Solarenergie, um gelegentlich Strom zu erzeugen, der von günstigen Wetterbedingungen abhängt, und viel geringere Subventionen für Kohle, Erdgas und Kernkraft, um kontinuierlich, unterbrechungsfrei und planbar Strom zu erzeugen.

Bei der Stromerzeugung aus Kernkraft kämpft unsere Regierung seit fast 45 Jahren darum, ihrer Verantwortung für die „Entsorgung“ unseres „Atommülls“ gerecht zu werden. Da nur etwa 3 % des Elektrizitätspotenzials aus diesem Brennstoff genutzt werden, nennen wir ihn leicht verbrauchten Kernbrennstoff (*slightly used nuclear fuel*; SUNF).

Heute stehen wir an der Spitze einer revolutionären Innovation in der Elektrizitätserzeugung, die nur von unserer Regierung aufgehalten wird.

Es hat sich herausgestellt, dass die effizienteste Technologie für die Stromerzeugung das so genannte „schnelle Reaktorrecycling“ oder „schnelle Brüterreaktoren“ ist. Wenn Sie es genauer wissen wollen, eine Konstruktion heißt „Salzschmelze-Reaktor“. Überraschenderweise gab es diese Technologie schon, bevor es die heutige Leichtwasser-Reaktortechnologie gab, aber politische Faktoren haben den Ausschlag zugunsten der weniger effizienten Technologie der Leichtwasser-Reaktoren gegeben. Auch hier muss man fairerweise sagen, dass Leichtwasserreaktoren gut funktionieren, extrem kostengünstigen Strom produzieren und die beste industrielle Sicherheitsbilanz in den

Vereinigten Staaten aufweisen. Aber wenn wir es besser machen können, warum nicht?

Da in der Anfangszeit reichlich Uran für Leichtwasserreaktoren zur Verfügung stand, ging man davon aus, dass wir unseren Kernbrennstoff nicht wiederverwerten müssten, nachdem wir nur 3 % des verfügbaren Potenzials verbraucht hatten. Damit blieb die heikle Frage: „Was geschieht mit dem übrig gebliebenen SUNF“? Den klügsten Köpfen in unserer Regierung fiel dazu nur eines ein: „Warum vergraben wir ihn nicht in der Erde?“

Nun, diesen leicht verbrauchten Brennstoff zu vergraben, klang in den späten 1970er Jahren gut, und so gab Präsident Jimmy Carter eine Exekutiverklärung ab, dass es verboten sei, unsere SUNF zu recyceln. So wurde es erklärt und so wurde es angeordnet.

Die SUNF-Materialien wurden an Atomstandorten in den USA gesammelt. Auch hier muss man fairerweise sagen, dass das Material kompakt, fest und sehr sicher gelagert ist, so dass die Lösung in Ordnung zu sein schien, bis eine spätere Generation eine bessere Lösung wagen konnte. Aber das hat noch keine Generation getan.

Die Verheißung von Strom aus Kernenergie machte die Runde, und Präsident Reagan hob 1982 das Verbot des SUNF-Recyclings auf.

„Lasst uns die SUNF begraben“ löste Widerstand aus. Die lästige verfassungsrechtliche Frage der Rechte der Bundesstaaten tauchte auf, und kein Staat wollte das Zeug „annehmen“, obwohl das Bundesgesetz dies anordnete (um fair zu sein, Nevada musste es annehmen). Wie bei allem, was einem aufgezwungen wird, gab es auch hier erbitterten Widerstand. Die Rechte des Staates setzten sich durch, und Nevada verweigert bis heute erfolgreich die Annahme dieses Materials, obwohl das Bundesgesetz immer noch in Kraft ist – so viel zum Thema Big Brother's Bully Stick.

Heute haben wir etwa 90.000 Tonnen angehäuft, eine Menge, die in ein Gebäude von der Größe eines Walmarts passen würde. Dennoch hat die [US-]Bundesregierung noch keine Lösung für das „Vergraben“ gefunden.

**Lagerung:** Es gibt genug SUNF, um die gesamten USA über Jahrhunderte hinweg mit Strom zu versorgen, und genug abgereichertes Uran, um bei der heutigen Stromproduktionsrate für die gesamten USA mehrere tausend Jahre zu reichen.

**Erzeugung:** Darüber hinaus wird in den bestehenden Kernkraftwerken (die nur etwa 20 % der USA mit Strom versorgen) pro Jahr mehr Energie erzeugt als nötig wäre, um die gesamten USA mit Strom aus schnellen Reaktoren und mit dem von Leichtwasserreaktoren erzeugten Uran zu versorgen. Solange wir die bestehenden Kernkraftwerke nicht abschalten, werden wir nie zu den schnellen Reaktoren aufschließen.

Heute gibt es die Technologie (zur Erinnerung: seit Ende der 1940er

Jahre), um die restlichen 97 % des Brennstoffs zu spalten. Das bedeutet, dass (aufgerundet) 30 Mal mehr Strom aus diesem SUNF erzeugt werden kann (ein bisschen gebraucht, oder?). Noch besser ist, dass wir privat kapitalisierte Unternehmen haben, deren Technologie einsatzbereit ist. Bei 10 Cent pro Kilowattstunde (so billig bekommt niemand mehr Strom) ist das Material, das jetzt auf unseren Reaktorstandorten liegt, 100 Billionen Dollar wert.

> Ja, das ist das Dreifache unserer Staatsverschuldung. Das entspricht 300.000 Dollar pro Person in den Vereinigten Staaten.

> Das reicht aus, um den aktuellen Bedarf der USA für 270 Jahre zu decken.

In den 70 Jahren des normalen kommerziellen Betriebs von Kernreaktoren auf der ganzen Welt ist niemand verletzt oder getötet worden, und die Kernkraft liefert 10 % unseres weltweiten Stroms, der kontinuierlich, unterbrechungsfrei, planbar und emissionsfrei ist. Die Landfläche für die Kernenergie ist winzig im Vergleich zu der für Wind- und Solarenergie, die nur gelegentlich und nur unter günstigen Wetterbedingungen Strom erzeugen können.

Tschernobyl war kein Unfall im normalen Betrieb eines Kernreaktors, da alle Sicherheitsvorkehrungen absichtlich außer Kraft gesetzt wurden, um den Unfall zu ermöglichen. Es ist irreführend, von einem „Unfall“ zu sprechen.

Heute könnte Atommüll der Schlüssel zu praktisch unbegrenzter Elektrizität sein. Der geringfügig verbrauchte Kernbrennstoff (SUNF), der den so genannten „Atommüll“ darstellt, hat noch 97 % seines Elektrizitätspotenzials, das noch ausgeschöpft werden muss.

Link:

<https://www.cfact.org/2024/12/24/nuclear-waste-could-be-an-electricity-game-changer/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

## **Abgesagte Weltuntergänge (I): John Kerry und Al Gore prophezeihten 2009**

# polare Eisfreiheit

geschrieben von AR Göhring | 30. Dezember 2024

## **Video: Parteidemokratische Politiker John Kerry und Al Gore prophezeihten 2009 polare Eisfreiheit**

**Genauer gesagt: Arktische Eisfreiheit um 2014 – im Sommer, und nur wahrscheinlich.**

Schlau formuliert – kein Gericht könnte die beiden erfolglosen Politiker heute dafür belangen. Den Trick kennt der geneigte EIKE-Leser von Weltklimarat IPCC, in dessen Sachstandsberichten die Konjunktivitis regiert – „könnte“, „ist wahrscheinlich“, „ist möglich“ und so weiter. Alarmistische Aussagen von Stefan „Golfstrom“ Rahmstorf und anderen in den Tagesthemen lassen sich damit nicht im Ansatz begründen.

John Kerry und Al Gore sind ehemalige Spitzenpolitiker der Demokratischen Partei der USA. Gore war Vizepräsident unter Bill Clinton und unterlag 2000 dem republikanischen Kandidaten George Bush jr. Seitdem wurde er professioneller Klima-Alarmist und erhielt den Oscar für seinen Film „Eine unbequeme Wahrheit“, außerdem den Klimafriedens-Nobelpreis.

Seit der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 hört man von dem schwerreichen Klimapolitik-Profiteur nicht mehr viel – er soll um die 400 Millionen Dollar Privatvermögen haben. Sein finanzielles Interesse verschweigt selbst Wikipedia nicht.

John Kerry war US-Präsidentschafts-Kandidat der Demokraten, verlor aber ebenfalls gegen Bush jr. Unter Präsident Biden war er Klimabeauftragter der Regierung.

<https://eike-klima-energie.eu/wp-content/uploads/2024/12/EPhaA56yNuFKVYK m.mp4>

---

## **Findet die gescheiterte Energiepolitik nach den Wahlen ihre**

# Fortsetzung?

geschrieben von AR Göhring | 30. Dezember 2024

## von Fritz Vahrenholt

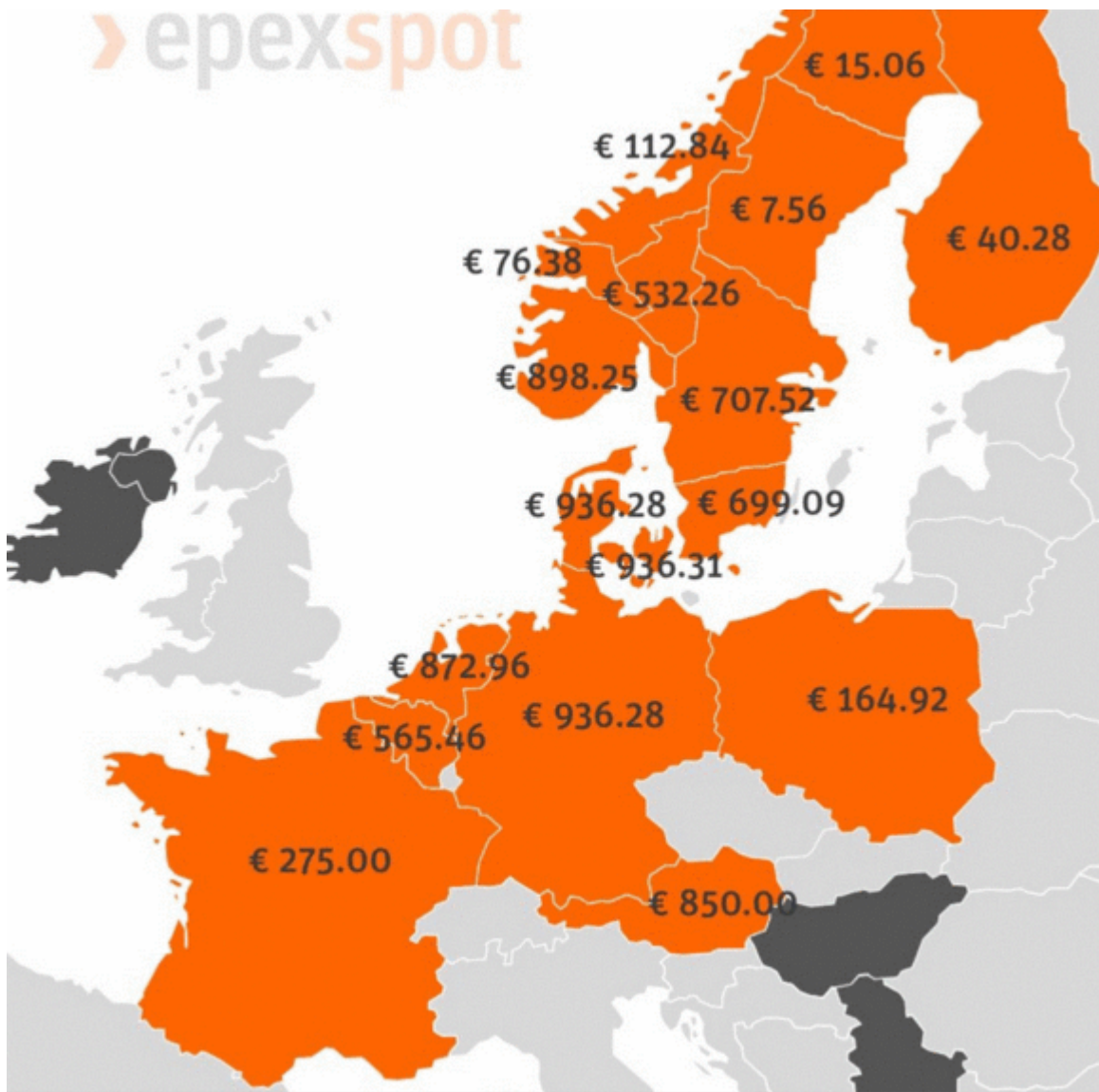
Wie die obenstehende Grafik zeigt, sind die globalen Mitteltemperaturen im Oktober gegenüber September deutlich gefallen. Die durchschnittliche Erwärmung der letzten 40 Jahre betrug 0,15 Grad Celsius pro Jahrzehnt, das entspräche 1,5 Grad in 100 Jahren.

### **Zwei kleine Dunkelflauten und die Stromversorgung gerät an ihre Grenzen**

Vom 2.11. bis 8.11 sowie vom 10.12 bis 13.12. brach in Deutschland die Stromversorgung durch Erneuerbare Energien zusammen. Eine für den Winter typische Großwetterlage einer Windflaute bei gleichzeitiger minimaler Solareinstrahlung führte zu Versorgungsknappheit, hohem Stromimport und explodierenden Strompreisen. Zeitweise mußten über 20 000 MW, mehr als ein Viertel des deutschen Strombedarfs importiert werden. Die Strompreise stiegen bis auf das Zehnfache (93,6 €ct/kwh). Betriebe die keine Langfristverträge hatten, mußten ihre Produktion einstellen. Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI):

„Es ist zum Verzweifeln. Unsere Unternehmen und unser Land können sich keine Schönwetter-Produktion leisten. Wir brauchen dringend Kraftwerke, die sicher einspringen können.“

Die Ursache : Die Ampelregierung und die vorherigen Merkel-Regierungen hatten 19 Kernkraftwerke (30% des deutschen Strombedarfs) stillgelegt und allein am 1.4.2023 gingen 15 Kohlekraftwerke vom Netz. 4,35 Milliarden € Steuergelder an Stilllegungsprämien wurden an RWE und LEAG (Ostdeutschland) verteilt. Im Januar 2025 geht das RWE-Kraftwerk Weisweiler vom Netz. Ausgerechnet im Januar, wenn der Stromverbrauch in Deutschland am höchsten ist und Frankreich möglicherweise wenig liefern kann. Denn Frankreich ist das wärmeempfindlichste Land Europas, schon kleine Temperaturschwankungen wirken sich wegen des großflächigen Einsatzes von Stromheizungen auf den Stromverbrauch aus. 1 Grad Celsius weniger und der Verbrauch in Frankreich steigt um 2400 MW ! Aber die deutsche verfehlte Energiepolitik des Abschaltens von gesicherter Leistung führt mittlerweile auch unsere Nachbarn in wirtschaftliche Schwierigkeiten.



<https://www.epexspot.com/en>

Südnorwegen, Südschweden, Österreich, Holland hatten während der Dunkelflaute ähnlich hohe Strompreise wie wir (s. Grafik oben, die Zahlen sind in €/Mwh, zur Umrechnung in €ct/Kwh muss man durch 10 teilen). Auch Dänemark, dessen Stromversorgung ebenso auf Windstrom (56%) beruht, verstärkte durch seinen Stromimport aus Skandinavien die dortige Malaise.

Norwegens Energieminister der Mitte-Linksregierung, Terja Aasland, will das Stromkabel nach Dänemark kappen und die Stromverträge mit Deutschland neu verhandeln. Er geht damit auf die Forderungen der rechten Fortschrittspartei ein, die das schon lange fordert und wahrscheinlich die nächsten Wahlen gewinnen wird. Die Preis-Infektion aus dem Süden müsse gestoppt werden, so die Fortschrittspartei. Die schwedische Energieministerin Ebba Busch wurde noch deutlicher:

„Es ist schwer für eine industrielle Wirtschaft, sich für ihren Wohlstand auf das Wohlwollen der Wettergötter zu verlassen.“  
Und direkt zu der grünen Politik Habecks: „Kein politischer

Wille ist stark genug, um die Gesetze der Physik außer Kraft zu setzen – nicht einmal der von Herrn Habeck.“

Zudem wird häufig vergessen, dass Windräder Strom verbrauchen, wenn sie stillstehen oder abgestellt werden. Denn auch im Stillstand müssen sämtliche technischen Komponenten (Ölpumpen, Lüfter, Steuerungen etc.) in Betrieb bleiben. Vestas gibt für eine 4,2 MW-Anlage einen Stromverbrauch von 55 000 kWh pro Jahr im Stillstand an. In Produktionszeiten versorgt sich die Anlage selbst mit Strom. Aber sie steht eben an 120 Tagen des Jahres nahezu still. Gehen wir von einem durchschnittlichen Eigenverbrauch von 40 000 kWh pro Jahr aller deutscher Anlagen aus, kommt man auf 1,2 Terawattstunden, der Erzeugung von einem mittelgroßen Gaskraftwerk. Um es auf unsere Dunkelflaute zu übertragen: um die Windkraftanlagen zu versorgen, musste ein Kraftwerk mit etwa 400 MW laufen oder die gleiche Leistung tagelang importiert werden, um die Windkraftwerke nicht absaufen zu lassen.

### **Das Wahlprogramm der CDU – keine wesentliche Änderung zu erwarten**

Wir widmen uns heute allein dem Wahlprogramm der CDU, da es aller Voraussicht das in eine Koalition mit SPD oder Grünen einzubringende Programm des zukünftigen Kanzlers ist.

Kurzum: Der Energie- und Klimateil des CDU-Wahlprogramms ist eine einzige Enttäuschung für diejenigen, die sich mit der energiepolitischen Lebenswirklichkeit der Betriebe und Bürger befassen.

Es findet keine Benennung der Ursachen der aktuellen Energiekrise statt, weder die horrenden Subventionen für erneuerbare Energien aus dem Bundeshaushalt (20 Mrd. €) noch die massiv steigenden Netzkosten, die eine Folge der Schwankungen von Wind- und Solarkraft sind, noch die zu hohen Strompreise, die zu einer Deindustrialisierung führen, werden thematisiert. Stattdessen ein *Weiter so* :

„Die im Klimaschutzgesetz (der Ampel, d. Verf.) verbindlich verankerte Klimaneutralität bis 2045 haben wir fest im Blick“.

Den Mut der FDP, wenigstens das Klimaschutzgesetz auf die (fehlerhafte) Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nach Klimaneutralität 2050 anzupassen, verzichtet die Union. Stattdessen:

„Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen“ Und “  
Wir werden die klimafreundliche Erzeugung von Strom und Wasserstoff vorantreiben.“

Wer Aussagen zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung bei Kohlekraftwerken sucht, wird ebenso enttäuscht wie derjenige, der eine Aussage zur Förderung von heimischen Erdgas (Schiefergas) in Norddeutschland und der Nordsee erwartet. Der Klimabonus (teilweise Rückerstattung der CO<sub>2</sub>-Abgabe) findet sich im Programm wie bei den Grünen.

Besonders ärgerlich ist die Aussage

„Wir stehen zu unseren Zusagen zur globalen Klimafinanzierung und zur

Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit.“

Diese Zusage ist gerade von Frau Baerbock auf der Weltklimakonferenz in Baku auf 18 Milliarden verdreifacht worden. Das will also auch die CDU/CSU. Bemerkenswert.

Insgesamt gewinnt man beim Lesen des energie- und klimapolitischen Teils des Programms, dass dieser Teil andockfähig für die Grünen formuliert werden sollte. Sieht man von der Forderung nach der Ermöglichung der Erforschung von Kernkrafttechnologien der vierten oder fünften Generation ab, gibt es keine programmatische Aussage, die mit den Grünen zu Schwierigkeiten führen würde. Bemerkenswerter Weise fehlt die Wiederinbetriebnahme der noch bestehenden Kernkraftwerke in der beschlossenen Fassung des Programms. Das wäre die Sollbruchstelle mit den Grünen gewesen. Jeder wußte aber ohnehin, dass die Versicherung, bestehende Kernkraftwerke zurückzuholen von der Partei, deren Vertreter in den Regierungen von Schleswig-Holstein, Bayern und Baden -Württemberg geholfen haben, den Abriß so schnell wie möglich durchzuführen, nichts wert war.

So ist es erklärlich, dass die gleiche Hybris der Grünen, Deutschland müsse klimapolitisch die Welt retten, sich im CDU-Programm wiederfindet :

„Deutschland hat ein Prozent der Weltbevölkerung, 2 % des CO<sub>2</sub> Problems (falsch liebe CDU, es sind nur noch 1,5 %!, d. Verf.). Wir wollen aber 20 % zur Lösung beitragen... Deutschland muß zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden.“

Das ist schon schräg: Deutschland kann zeitweise nicht einmal die eigene Stromversorgung sicherstellen und ist bis zu 20 % auf Stromimporte angewiesen, soll aber neben der Elektrifizierung des Verkehrs und der Wärme auch noch Strom zu Wasserstoff machen. Wer Deutschlands Industrie endgültig den Garaus machen will, der setzt auf vierfach teureren Wasserstoff wie die Grünen und die SPD und nun auch die CDU.

Helfen soll dabei der Ausbau des grenzüberschreitenden Stromhandels. Wahrscheinlich haben nicht alle in der CDU/CSU Führung mitbekommen, dass uns gerade Norwegens Energieminister und Schwedens Energieministerin angedroht haben, die Verbindungen zu Deutschland zu kappen, weil wir in Zeiten der Knappheit auch deren Strompreissystem durch teuren Stromhandel extrem belasten.

So sieht also das energiepolitische CDU/CSU-Programm pur aus. Da kann man sich gut vorstellen wie das Schwarz-rote oder Schwarz-grüne Regierungsprogramm aussehen wird. Wir werden die Aufhebung der Schuldenbremse sehen, denn der Deutschlandfonds der Grünen und der SPD wollen gefüllt werden. Etwa für die Forderung der Grünen, die Netzkosten der Übertragungsnetze durch den Staat zu übernehmen. Das sind mal locker 38 Milliarden € pro Jahr, in der Wahlperiode also 150 Milliarden €. Auf dem gleichen Weg, die Netzkosten durch den Steuerzahler tragen zu lassen, sind SPD und CDU ohnehin, statt die verfehlte Energiepolitik auf Basis schwankender, nicht wettbewerbsfähiger erneuerbare Energien zu problematisieren, die sich in massiv steigenden Netzkosten niederschlägt, endlich zu korrigieren, nimmt man den Steuerzahler für

neue Milliardenschulden in Anspruch.

Es gibt sicherlich auch gute Ansätze im Unionsprogramm etwa zur Steuerpolitik; aber in der Energie- und Klimapolitik war die klare Devise: nichts beschliessen, was die Fortsetzung der grünen Politik mit Kanzler Merz behindert.

**Ich wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein  
Gutes Neues Jahr**

**Ihr**

**Fritz Vahrenholt**